

# Gustav Stresemanns Liberalismusbegriff

## I. Ein liberaler Geist

»Es ist der Geist, der sich den Körper baut«<sup>1</sup> – dieser von Stresemann viel zitierte Vers kann als sein persönliches Credo betrachtet werden.<sup>2</sup> Schillers Wallenstein bedeutet mit diesen Worten den Vorrang des Geistigen vor dem Körperlich-Materiellen, die Idee als Vorstufe der Tat. Gerade für wirkmächtige politische Akteure gilt diese Korrelation. Die Gesinnung, als weltanschauliche Konzeption, ist hier neben der Verantwortung und einem von den Notwendigkeiten bestimmten Handeln, ein nicht zu unterschätzendes Element politischen Handelns.<sup>3</sup> Auch für Stresemann, dessen politisches Engagement tief vom Geist des deutschen Liberalismus beeinflusst war, trifft dies zu. In den meisten Darstellungen zu seinem Leben und Wirken tritt dieser ideologische Aspekt jedoch in den Hintergrund und es dominiert das Sichtbarste: Stresemann als Außenpolitiker oder Stresemann der Parteimann; seine politische Tätigkeit erscheint damit oft als reine Reaktion auf diplomatische, außen- oder parteipolitische Zwänge.

Eine umfassendere Sicht auf Stresemanns Verständnis des Liberalismus fehlt bisher in der Forschungsliteratur. Zwar finden sich immer wieder interessante Ansätze, die aber nicht über einzelne Punkte hinausreichen.<sup>4</sup> Die Tatsache, dass der »Liberalismus« als Parteibegriff bereits seit Ende der 1840er

1 Friedrich Schiller: Wallensteins Tod, III, 13, V. 1813.

2 So unter anderem zitiert in der Völkerbundrede vom 9. September 1929: Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, Bde. 1-3, hrsg. v. Henry Bernhard. Berlin 1932/1933, hier: Bd. 3, S. 181.

3 Siehe hierzu: Max Weber: Politik als Beruf. In: Ders.: Schriften 1894-1922, hrsg. v. Dirk Kaesler. Stuttgart 2002, S. 553 f.

4 Zu nennen wären u.a.: Eberhard Kolb: Gustav Stresemann – Liberalismus und Nationalismus in seiner außenpolitischen Konzeption. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 37-45. Ders.: Stresemann und der Nationalliberalismus in Weimar-Deutschland. In: Liberal. Vierteljahresheft für Politik und Kultur 42 (2000), S. 78-83. Ludwig Richter: Auseinandereustrebendes Zusammenhalten. Bassermann, Stresemann und die Nationalliberale Partei im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. In: Wolfram Pyta / Ludwig Richter (Hrsg.): Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb. Berlin 1998, S. 55-85. Ders.: Das ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses. In: Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit. Göttingen 2002, S. 143-161. Oder in der neuesten Biographie: Jonathan Wright: Gustav Stresemann 1878 – 1929. Weimars größter Staatsmann. München 2006.

Jahre keine große programmatische Sammlungskraft mehr entfalten konnte,<sup>5</sup> verstellt in der Regel den Blick auf die weitreichende Bedeutung des »Gesinnungsbegriff[s]«. <sup>6</sup> Eine liberale Grundhaltung konnte als persönliche Überzeugung durchaus präsent sein und das Handeln motivieren. Auf den Einzelnen bezogen trifft es vollauf zu, dass »Liberalismus von Anfang an ein Verständnis der politischen Welt und ein Konzept ihrer Gestaltung [meint].« <sup>7</sup> Carl Schmitt, einer der großen Kritiker des Liberalismus in der Weimarer Republik, ging gar soweit, den Liberalismus als »konsequentes, umfassendes, metaphysisches System« zu bezeichnen. <sup>8</sup>

So erscheint es sinnvoll, sich dem spezifischen Liberalismusbegriff Stresemanns zu nähern, um die Fragen zu beantworten, was Stresemann unter »liberal« bzw. »Liberalismus« verstand, und in welchen politischen Forderungen sich dieses Verständnis niederschlug. Denn obwohl der geschickte Parteitaktiker und gewandte Rhetoriker durchaus wusste, das jeweilige Publikum mit bestimmten liberalen Topoi für seine Sache einzunehmen, lässt sich ein Kern liberaler Vorstellungen herausdestillieren, der ein wesentliches Movens seines politischen Handelns bildete. Da somit Stresemanns ganz persönliche Anschauung im Fokus steht, werden insbesondere seine eigenen Aufzeichnungen und Reden das zentrale Material für die folgende Darstellung liefern. Aus diesem Zugriff ergibt sich schließlich auch die Vielzahl an Zitaten, die erst eine plastische Beschreibung ermöglichen.

## II. Mittelstand und Proletariat

Erste Erkenntnisse zu Stresemanns Verständnis des Liberalismus liefert zunächst ein Blick auf sein Elternhaus und das soziale Umfeld seiner Kindheit. Am 10. Mai 1878 wurde er als Sohn des Bierverlegers Ernst Stresemann in das protestantisch-kleinbürgerliche Milieu im Südosten Alt-Berlins hineingeboren, das in den Reichstagswahlen von 1871 bis einschließlich 1890 stets fortschrittlich bzw. freisinnig wählte. <sup>9</sup> Einen tiefen Einfluss übte nach eigenem

5 Vgl. Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*. München 2001, S. 461 f.

6 Ebd., S. 375. Leonhard weist hier darauf hin, dass der Begriff »Liberalismus« sowohl als Gesinnungsattribut als auch als politisches Parteienkett nachweisbar ist.

7 Rudolf Vierhaus: *Liberalismus*. In: Otto Brunner et al. (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3. Stuttgart 1982, S. 744.

8 Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Berlin <sup>9</sup>2010 [zuerst 1926], S. 45.

9 Stresemanns Elternhaus befand sich in der Köpenicker Straße, gehörte also dem Reichstagswahlkreis III an. Zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen in den Berliner Wahlkreisen siehe: Michael Erbe: *Berlin im Kaiserreich (1871-1918)*. In: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): *Geschichte Berlins*, Bd. 2. München 1987, S. 772 f.

Bekunden vor allem die heimische Bibliothek auf ihn aus, die angefüllt war von Werken über den Vormärz und die 1848er Bewegung.<sup>10</sup> »Wie ideal war seine Vorstellung von dem Gedanken des Liberalismus, wie stark wurzelte er in jener Achtundvierziger-Demokratie, die das einheitliche Deutschland wollte und die er damals noch ganz durch die Brille der hinstürmenden Gedichte eines Freiligrath, Prutz, Anastasius Grün und anderer sah«,<sup>11</sup> erinnerte sich Stresemann noch im September 1924 in seiner autobiographischen Skizze »Die Barre«. Aus seiner Begeisterung für Revolutionäre wie Gottfried Kinkel machte er auch später keinen Hehl.<sup>12</sup> In dieser frühen Phase seines Lebens offenbarte sich bereits ein Teil seiner geistigen Prägung, die das spätere Handeln des Politikers mitbestimmen sollte: eine Orientierung an frühliberalen Werten.

Am Beginn von Stresemanns politischem Wirken stehen die sogenannten »Berliner Briefe«, die er ab Dezember 1895 im Alter von 17 Jahren für die linksliberale »Dresdner Volks-Zeitung« schrieb.<sup>13</sup> Das preußische Dreiklassenwahlrecht, das protektionistische Verhalten des Bundes der Landwirte und soziale Missstände bewegten den Schüler in seinen Artikeln. Darüberhinaus bedauerte er das Vordringen radikaler Anschauungen im Mittelstand und das »sichtbare Zurückdrängen freisinniger Gesinnung auf allen Gebieten«.<sup>14</sup>

Bezeichnend für Stresemanns liberale Ausrichtung während seiner Jugend- und Studienzeit ist zudem sein Engagement in den Reformburschenschaften »Neo-Germania« in Berlin und »Suevia« in Leipzig. Bewusst hatte er sich für diesen kleinen Zweig des Burschenschaftswesens entschieden, der sich von der sozial exklusiven und konservativen Hauptströmung abgrenzte. In diesem Sinne berief er sich in seinen Aufsätzen für die »Allgemeine Deutsche Universitäts-Zeitung« auf die alten liberalen Werte der Burschenschaften und sprach sich vehement gegen Antisemitismus sowie Klassendiskriminierung aus.<sup>15</sup>

Auch die soziale Frage bestimmte während der Studienzeit den liberalen Idealismus des Jugendlichen. An den Universitäten von Berlin und Leipzig erfuhr Stresemann von Mitgliedern des »Vereins für Sozialpolitik« wie

10 Vgl. Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 18-22.

11 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 551. Einen »nie auszulöschenden Einfluß« habe darüberhinaus Friedrich Spielhagen auf ihn ausgeübt. Dabei habe ihn vor allem die »im schönsten Sinne des Wortes liberale Gesinnung« in Spielhagens Werken bewegt. An Freiligrath faszinierten ihn besonders dessen »politische Gedichte, in denen der Keim zur später so reichen sozialen Lyrik verborgen liegt«. Alle Zitate: Gustav Stresemann: Schriften, hrsg. v. Arnold Hartung. Berlin 1976, S. 7 (Lebenslauf von 1897).

12 Vgl. Gustav Stresemann: Reden und Schriften. Politik – Geschichte – Literatur 1897-1926, hrsg. v. Hartmuth Becker. Berlin<sup>2</sup> 2008, S. 427-429 (»Kinkels Verteidigungsrede« von 1912).

13 Vgl. Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 22 f.

14 Berliner Briefe VII. In: Dresdner Volks-Zeitung vom 22. März 1896, zit. nach: Ebd., S. 23.

15 Vgl. ebd., S. 26-29.

Schmoller und Jastrow von neuen Wegen,<sup>16</sup> die Arbeiterschaft in den jungen Staat zu integrieren und zur Lösung der frappierenden sozialen Probleme.<sup>17</sup> Deutlich größeren Einfluss scheint allerdings Friedrich Naumann auf ihn ausgeübt zu haben. Er sei »der große geistige Anreger und Erwecker« in einer Zeit gewesen,<sup>18</sup> als die SPD zu wenig national gedacht und der politische Liberalismus, auch der Nationalliberalismus, keine Anziehungskraft mehr entfaltet habe.<sup>19</sup> Ideen von der Integration der Arbeiterschaft durch das Emporreißen zum »nationalen Wollen« und von der Verbindung des Proletariats mit dem Kaisertum »gab[en] seinen Vorschlägen den sozialen Inhalt, der dem Liberalismus der damaligen Zeit fehlte.«<sup>20</sup> Stresemann blieb, wie noch zu sehen sein wird, Zeit seines Lebens von Elementen dieses sozialliberalen Gedankenguts, das seine Wurzeln im deutschen Frühliberalismus hat,<sup>21</sup> durchdrungen. Den »wirkliche[n] Liberalismus« Naumanns, der anstelle von Manchestertum und Interessenpolitik volksdurchdringend wirken und nach der staatsbejahenden Linken offenbleiben wollte,<sup>22</sup> hatte er verinnerlicht;<sup>23</sup> wenn auch in veränderter Form, was sich schon daran zeigte, dass er, obwohl selbst bis 1901 Mitglied im »Nationalsozialen Verein«, sich bald von allzu radikalen Ansichten des liberalen Pfarrers distanzierte.<sup>24</sup>

So rückten denn auch verstärkt die Probleme des Mittelstandes, und nicht etwa die der Arbeiterschaft, in Stresemanns Gesichtskreis. In der Dissertation zur Entwicklung der Berliner Flaschenbierbranche untersuchte er den Niedergang der kleinbetrieblich arbeitenden Berliner Weißbierproduzenten angesichts der Bedrohung durch Großunternehmen und wies in einem Aufsatz zur Bedeutung der Warenhäuser auf die Gefährdung der »wertvollen

16 Zum Einfluss des Kathedersozialismus auf den Liberalismus siehe: Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988, S. 194.

17 Vgl. Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 25 f.

18 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 155 (in der »Deutschen Stimme« vom 31. August 1919).

19 Vgl. ebd., S. 154-159.

20 Die Zitate: Ebd., S. 155 f.

21 Vgl. Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 7 f. Hier heißt es: »Es existierte immer, auch wenn das meistens bestritten wird, ein Sozialliberalismus. Er steht am Anfang, nicht der Wirtschaftsliberalismus. Der frühe deutsche Liberalismus (...) dachte sozial.« Nun dazu: Detlef Lehnert: Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien – Köln – Weimar 2012.

22 Vgl. Friedrich Naumann: Der Niedergang des Liberalismus. In: Ders.: Werke, Bd. 4. Köln – Opladen 1966, S. 215 ff., hier auch das Zitat: S. 216. Siehe hierzu: Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 5), S. 520: »Die Neubestimmung [Naumanns; Anm. d. Verf.] von Liberalismus als sozialer Liberalismus stellte noch einmal einen Versuch dar, das Deutungsmuster mit einem potentiell gesamtgesellschaftlichen Anspruch zu versehen«.

23 Siehe hierzu auch: Kolb: Stresemann und der Nationalliberalismus in Weimar-Deutschland (wie Anm. 4), S. 80.

24 Naumanns Enthusiasmus für eine »neudeutsche Linke« (Naumann: Der Niedergang des Liberalismus [wie Anm. 22], S. 229) ging beispielsweise für Stresemanns bürgerliches Empfinden zu weit.

Mittelstandsexistenzen« hin.<sup>25</sup> Stresemann blieb am Ideal einer mittelständisch bestimmten Bürgergesellschaft orientiert, das sich angesichts der Ausbildung einer Klassengesellschaft eigentlich bereits überlebt hatte. Obwohl er die Notwendigkeit zur Einbeziehung der Arbeiterschaft in den Staat erkannt hatte, blieb der Mittelstand für ihn stets *der* Träger von Wirtschaft und Kultur,<sup>26</sup> eine unentschiedene Haltung zwischen dem Wunsch nach einer Integration der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Exklusivität des Bürgertums also, die in nuce die Krise der liberalen Ideenwelt gegen Ende des 19. Jahrhunderts offenlegt.<sup>27</sup> Demgemäß gingen seiner Ansicht nach auch »die Persönlichkeiten, die Deutschlands Ruhm in der Welt begründet haben, (...) hervor aus dem industriellen gewerblichen Mittelstand«,<sup>28</sup> wie er sich im November 1917 in der »Magdeburgischen Zeitung« angesichts der Tendenzen zur staatlichen Vertrustung im Krieg ausdrückte. Großunternehmen, also die Arbeitsstätten des Proletariats, würden nicht die Entwicklung vollendeter Persönlichkeiten erlauben, stattdessen produzieren diese »durch die geistige Arbeitsteilung ein[en] Durchschnittsmenschen«. <sup>29</sup> Auch könne sich nur in einem »freien Wirtschaftsleben[]«, <sup>30</sup> das dem Einzelnen Raum zur Entfaltung bietet, echter Unternehmergeist entwickeln.<sup>31</sup>

Eine Zäsur in Stresemanns Leben stellt der Umzug nach Dresden 1901 dar. Angestellt beim »Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten«, bemühte er sich bald um den Aufbau des sächsischen Ablegers des »Bundes der Industriellen«. Dieser »Verband sächsischer Industrieller« wuchs unter Stresemanns Ägide zu einem schlagkräftigen Interessenverband heran. Die Tätigkeit als Syndikus der sächsischen Industrie fiel mit Stresemanns Eintritt in die Nationalliberale Partei 1903 zusammen.<sup>32</sup> In dieser Phase seines Lebens erkannte er wohl, dass sich seine berufliche Tätigkeit und das politische Engagement am besten bei den Nationalliberalen verbinden ließen. Als Jugendlicher noch skeptisch gegenüber dem Nationalliberalismus und ein Anhänger Naumanns,

25 Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 30 f.

26 So bedauerte Stresemann am 15. Mai 1923 in der »Zeit« den Untergang der »Schichten des geistigen Mittelstandes, der noch immer der beste politische und wirtschaftliche Ausgleich gewesen ist zwischen Großkapital und Proletariat, zwischen materieller Denkungsweise des heutigen werktätigen und geistigen Tagelöhners und der Kulturlosigkeit der modernen Neureichen«. Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 63.

27 Siehe hierzu: Lothar Gall: Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Ders.: Liberalismus, Köln 1976, S. 163-186, hier besonders: S. 172-178.

28 Stresemann: Schriften (wie Anm. 11), S. 132.

29 Ebd., S. 132.

30 Ebd., S. 131.

31 Vgl. ebd., S. 128-132.

32 Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 35, 39 f.

war er als junger Erwachsener mit dem »harten Realismus des Lebens« konfrontiert.<sup>33</sup> Die unbedingte Orientierung der Nationalliberalen am Nationalstaat, ihre realpolitische Ausrichtung und die enge Verbindung mit der Wirtschaft mögen für Stresemann Beweggründe gewesen sein,<sup>34</sup> sich nicht dem parteipolitischen Linksliberalismus anzuschließen. Außerdem zog ihn die klar bürgerliche Ausrichtung der Partei an, die eine »Partei von Bildung und Besitz im guten Sinne des Wortes« war.<sup>35</sup> Dabei blieb seine Gesinnung durchaus noch an alten Idealen orientiert. Der Weg von Naumann zu Bassermann war für ihn nicht sehr weit.<sup>36</sup> Bassermann, seit 1898 Führer der Nationalliberalen Partei, neigte in manchen Punkten dem linken Flügel seiner Partei zu, musste aber als »Mittelpartei in der Mittelpartei«,<sup>37</sup> die antagonistischen Parteiflügel – auf der einen Seite Jungliberale und mittelständische Industrie, auf der anderen Altnationalliberale, Schwerindustrie und Landwirte – zusammenhalten. Seine Aufgeschlossenheit gegenüber der Sozialdemokratie, das »soziale[] Gewissen« und das Eintreten für einen »vornehmen Parlamentarismus« bei einem »starke[n] Mißtrauen in die eigenmächtige kaiserliche Leitung« waren Denkansätze,<sup>38</sup> die mit Stresemanns liberalem Politikverständnis durchaus konform gingen. Er und Bassermann »verkörperte[n] [eine] Politik der vorsichtigen sozialen und liberalen Reformen«,<sup>39</sup> die von den Rechtskräften innerhalb der Nationalliberalen Partei scharf bekämpft wurde.<sup>40</sup> Allerdings war Bassermanns »politischer Ziehsohn«,<sup>41</sup> frei von großen parteipolitischen

33 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 553 (autobiographische Skizze »Die Barre«). »Die Barre« mag hier ein wenig Licht ins Dunkel bringen, auch wenn die Bedeutung des autobiographischen Aufsatzes nicht überbewertet werden soll. Es bleibt aber interessant, dass Stresemann hier die Abkehr von seinem starken jugendlichen Idealismus tief bedauerte. Entscheidend war dabei, wie er selber schrieb, die Verhinderung der Hochzeit mit seiner Jugendliebe. (Vgl. ebd., S. 551-553) Hierzu heißt es weiter: »Von diesem Stoß hatte er sich nicht wieder erholt, von da ab ein gewisses perverses Gefallen gefunden an dem harten Realismus des Lebens, aber, wie er sich wohl bewußt war, auch ein Stück seiner Ursprünglichkeit mit verloren. Der Drang zum Kompromiß des Lebens war damals in ihm entstanden«. Ebd., S. 553.

34 Vgl. Robert Hofmann: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart. München 1993, S. 42 ff.

35 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 97 (in der »Deutschen Stimme« vom 10. August 1917).

36 Naumann selbst bezeichnete »Bassermann und andere« als »auf der Seite, die für unseren Gedanken ist«, stehend. Die Zitate: Naumann: Der Niedergang des Liberalismus (wie Anm. 22), S. 232.

37 Rudolf Olden: Gustav Stresemann. Berlin 1929, S. 54.

38 Die Zitate: Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 534, 535, 537 (Gedenkartikel zu Bassermann vom 26. Juli 1924 in der »Deutschen Stimme«).

39 Richter: Auseinandertretendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 63.

40 Sieh hierzu: Ebd., S. 55 ff.

41 Ebd., S. 55.

Rücksichtnahmen und einer neuen Generation angehörend, deutlicher auf dem linken Parteiflügel zu verorten.<sup>42</sup>

In seiner Funktion als Syndikus und ab 1907 als Mitglied des Reichstages vertrat Stresemann vehement die Interessen des Mittelstandes. Dem rechten Flügel innerhalb der eigenen Partei, von der er stets befürchten musste, sie würde zu einer Interessenpartei des »Zentralverbandes Deutscher Industrieller« verkommen,<sup>43</sup> stand er dabei meist unversöhnlich gegenüber. Als »graue Eminenz« des »Hansa-Bundes« setzte sich Stresemann insbesondere für die Angestellten und den »neuen Mittelstand« ein.<sup>44</sup> In diesem Kontext ist auch sein Engagement für die Angestelltenversicherung von 1912 zu sehen.<sup>45</sup>

Der Interessenvertreter Stresemann war jedoch nicht blind für die politische Macht der Arbeiterschaft und akzeptierte das Koalitionsrecht der Arbeiter als wesentliches Element des sozialen Friedens. Es müsse »bei allen Organisationen des Unternehmertums [...] darauf ausdrücklich Wert [gelegt werden], daß es den Unternehmern durchaus fernliegt, dieses Koalitionsrecht anzutasten«,<sup>46</sup> führte er – auch aus taktischen Gründen – im Dezember 1904 vor der Generalversammlung des »Verbandes Sächsischer Industrieller« aus. In dieser Rede stellte Stresemann die »Organisation der Arbeiter« in den Kontext bürgerlich-liberaler Fürsorgepflicht, als er davon sprach, dass sie »im Anfange von bürgerlicher Seite begründet und gefördert worden [war].«<sup>47</sup> Als Beispiel hierfür führte er die »Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine« an. Unter sozialdemokratischer Leitung hätten die Gewerkschaften jedoch ein derartiges Übergewicht erlangt, dass auch die Unternehmer zu stärkerer Kooperation in Form einer Arbeitgeberorganisation gezwungen worden seien.<sup>48</sup> Ziel dieser Organisation sei nicht die Untergrabung des Gewerkschaftswesens, stattdessen »gehört an die Spitze der Satzung jeder Arbeitgeberorganisation, daß sie ein friedliches Nebeneinanderwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstrebt und jeden Streik auf seine Berechtigung hin prüft!«<sup>49</sup> Es zeigt sich die

42 Hier sei exemplarisch die Meinungsverschiedenheit zwischen Stresemann und Bassermann angesichts der Parteikrise von 1912 erwähnt. Stresemann sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen Bassermanns »Politik der Versöhnung und Verkleisterei der Gegensätze« aus. Er wolle eher noch einen Bruch der Partei hinnehmen, als »sich zu einer illiberalen Politik (...) missbrauchen zu lassen«. Die Zitate aus einem Schreiben Stresemanns an August Weber, zit. nach: Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 60.

43 Vgl. ebd., S. 60.

44 Michael Prinz: Gustav Stresemann als Sozialpolitiker. Magier oder Zauberlehrling? In: Pohl (Hrsg.): Politiker und Bürger (wie Anm. 4), S. 114-142, hier die Zitate: S. 122, 127. Zum Hansa-Bund als mittelständische Interessenvertretung siehe: Siegfried Mielke: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. Göttingen 1976, S. 95 ff.

45 Siehe hierzu: Prinz: Gustav Stresemann als Sozialpolitiker (wie Anm. 44), S. 115 ff.

46 Stresemann: Schriften (wie Anm. 11), S. 77.

47 Die Zitate: Ebd., S. 68.

48 Vgl. ebd., S. 66-79.

49 Ebd., S. 78.



von Naumann inspirierte Idee eines »sozialpolitisch verständigen Liberalismus«. <sup>50</sup> Diese Anschauung von einem ausgleichsuchenden Liberalismus, von diesem »harmonisierende[n] Ideal, das die auseinanderdriftenden Interessen einer in Bewegung geratenen Gesellschaft (...) wieder zusammenführen sollte«, <sup>51</sup> war für Stresemanns politisches Handeln maßgeblich. <sup>52</sup>

Innenpolitisch harmonisierend sollte in Stresemanns Augen auch die deutsche Außenpolitik wirken. Er teilte »das harte Schicksal des politischen *Epigonentums* [Hervorhebung im Original; Anm. d. Verf.]«, <sup>53</sup> und trat wie viele seiner Generation für eine imperialistische Politik des Deutschen Reiches ein. Dabei ging es ihm aber nicht um bloße Machtentfaltung, sondern die Expansion sollte die »konfessionelle und nationale Zerrissenheit« der wilhelminischen Gesellschaft überwinden helfen, <sup>54</sup> sowie die sozialen Probleme durch den Erwerb von Kolonien abmildern. »Was aber bedeutet die ganze Sozialpolitik, die Unfall- und die ganze andere Gesetzgebung gegenüber der Hauptfrage, daß wir stark genug bleiben, um dem Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu geben«, <sup>55</sup> führte Stresemann 1907 während eines Vortrages vor dem »Deutschen Flottenverein« von Köln aus. <sup>56</sup> Auch wenn die SPD diese Ansichten nicht teile, sei die Arbeiterschaft trotzdem für die nationale Sache zu begeistern, denn »[d]ieser nationale Gedanke ist mächtig in den Herzen unserer deutschen Arbeiter.« <sup>57</sup> Zur Bekräftigung seiner Forderung nach einer starken deutschen Marine bezog er sich explizit auf Freiligrath, Franz von Dingelstedt und Georg Herwegh.

Die Idee einer klassensprengenden, expansiven Außenpolitik verbindet Stresemann mit »progressiven Imperialisten« wie Max Weber und Friedrich

50 Stresemann, zit. nach: Kolb: Stresemann und der Nationalliberalismus in Weimar-Deutschland (wie Anm. 4), S. 80.

51 Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 5), S. 375. Leonhard bezieht sich hier ausdrücklich auf die an den »Gesinnungsbegriff *Liberalismus* [Hervorhebung im Original; Anm. d. Verf.]« der 1830er Jahre geknüpfte »Integrationserwartung«.

52 Auch in der Weimarer Republik strebte Stresemann einen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an. So plädierte er unter anderem 1919 für die Schaffung eines »sozialen Parlaments« (Stresemann: Reden und Schriften [wie Anm. 12], S. 172 [Parteitagrede vom 13. April 1919]) und hoffte auf die DVP als »Brücke (...) zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft« (Richter: Das ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses [wie Anm. 4], S. 151). Siehe hierzu auch die Rede anlässlich der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes im Oktober 1927: Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 221-223.

53 Max Weber: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. In: Ders.: Schriften (wie Anm. 3), S. 41. Weber trat in seiner Antrittsvorlesung für eine deutsche Expansion ein und verband damit ebenfalls ein integratives Moment.

54 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 54.

55 Ebd., S. 51.

56 Vgl. ebd., S. 49-54.

57 Ebd., S. 53.



Naumann,<sup>58</sup> der bereits 1897 in seinem »National-sozialen Katechismus« schrieb:

»Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten. [...] Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.«<sup>59</sup>

Wie Naumann glaubte auch Stresemann an die »Fülle vaterländischer Kraft«, die »gebunden und niedergedrückt im deutschen Arbeiterstande [liegt]«.<sup>60</sup>

Natürlich fanden sich auch unter den Nationalliberalen zahlreiche Unterstützer einer deutschen Expansion in Übersee, schließlich war diese außenpolitische Konzeption der wesentliche Kitt, der die Partei noch zusammenhielt.<sup>61</sup> Entscheidend für Stresemanns Liberalismusbegriff ist jedoch die Verbindung mit einem integrativen, klassenübergreifenden und sozialpolitisch wirksamen Ansatz.

### III. Im Krieg: Wahlrecht und Parlamentarisierung

Als junger nationalliberaler Politiker hatte sich Stresemann um eine zaghafte Reform des 1896 eingeführten sächsischen Dreiklassenwahlrechts und eine stärkere Repräsentanz von Handel und Industrie in der Ersten Kammer des Landtages bemüht. Die sich aus dem Wahlsystem ergebende Exklusion der Sozialdemokratie – sie verschwand schließlich 1901 aus dem Landtag – hielt Stresemann angesichts der breiten Arbeiterbewegung im Königreich für nicht mehr tragbar. Die sozialdemokratischen Zugewinne als Folge einer Wahlrechtsreform nahm er in Kauf, hoffte Stresemann doch durch die Einführung eines Pluralwahlrechts vor allem die Repräsentation des Mittelstandes zu vergrößern. Ihm war hier in erster Linie an der »politische[n] Mitwirkung der bürgerlichen Mittelschicht«<sup>62</sup> gelegen – eine frühe liberale Forderung. Im ersten Anlauf konnte er beide Ziele nicht erreichen. Die Reform des Wahlrechts scheiterte 1905, auch am Widerstand der eigenen Partei. Erst 1909 wurde das

58 Siehe hierzu: Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 221 f., hier auch das Zitat: S. 221. Hier heißt es unter anderem, dass von diesen liberalen Imperialisten »der stärkste Anstoß zur liberalen Erneuerung« ausging.

59 Friedrich Naumann: National-sozialer Katechismus. In: Ders.: Werke, Bd. 5, Köln – Opladen 1967, S. 199. Ähnlich äußerte sich Naumann beispielsweise in seinem Vortrag »Weltmarkt und Weltmacht« von 1905: Friedrich Naumann: Weltmarkt und Weltmacht. In: Ders.: Werke, Bd. 4 (wie Anm. 22), S. 42-56.

60 Friedrich Naumann: Vaterland und Freiheit. In: Ders.: Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Hannah Vogt. Frankfurt a. M. 1949, S. 112.

61 Vgl. Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 61 f.

62 Vierhaus: Liberalismus (wie Anm. 7), S. 755.

Wahlssystem im Königreich Sachsen geändert; jedoch nicht im Sinne Stresemanns.<sup>63</sup>

Angesichts der Entwicklungen im Weltkrieg trat Stresemann bald als energischer Befürworter einer Parlamentarisierung auf Reichsebene auf. Als sich ein rascher deutscher Sieg nicht einstellte, brachte Stresemann das militärische Versagen Deutschlands mit der Schwäche des politischen Systems, mit einem »politische[n] Systemfehler«, in Verbindung.<sup>64</sup> Zum 45. Reichsgründungstag am 18. Januar 1916 lancierte er im Reichstag einen ersten Vorstoß zur Ausweitung der parlamentarischen Befugnisse.<sup>65</sup> Er bedauerte in seiner Rede die »innere Opposition« von Teilen der Bevölkerung, die durch die mangelnde Verbindung zwischen Volk und Staatsleitung entstanden sei. Der Missbrauch der Zensur, die eine öffentliche Debatte über den Krieg und die Kriegsziele verhindere, schwäche die Geschlossenheit des deutschen Volkes. Durch »eine stärkere Fühlungnahme der leitenden Minister mit der öffentlichen Meinung« sei hingegen mehr Einigkeit zu erzielen als durch eine übertriebene Zensur, die »der Preßfreiheit widerstrebt.« England biete ein Vorbild, dessen Parlament Ort der öffentlichen Diskussion sei. »Wir leben nunmal in einem demokratischen Zeitalter«, erklärte Stresemann weiter. Der Krieg habe eine ungeahnte »staatsbürgerliche Erziehung« geleistet, aus der politische Konsequenzen zu ziehen seien:

»Wir können uns das größere Deutschland, das wir erhoffen, nur denken aufgebaut auf einem freien, selbstbewußten und an den Staatsgeschäften entscheidend mitwirkenden Volke; und bei allem, was uns an Gesetzen vorgelegt wird, um diesem Ziele näher zu kommen, an der Stärkung der Rechte des Parlaments, werden Sie (nach links gewendet) uns auf ihrer Seite finden.«<sup>66</sup>

Stresemann drückte damit nicht etwa den Wunsch nach einer sofortigen Demokratisierung Deutschlands aus, sondern bezeugt mit den Forderungen nach Pressefreiheit und öffentlicher Debatte vielmehr die liberale Überzeugung, dass in einem Prozess »dynamisch-dialektischer Art«,<sup>67</sup> der das Wesen des Parlamentarismus ausmacht, objektive politische Wahrheit zu erreichen sei.

63 Vgl. Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 42 f. Zur allgemeinen Entwicklung des sächsischen Wahlrechts in dieser Zeit siehe: Christoph Goldt: Parlamentarismus im Königreich Sachsen. Zur Geschichte des Sächsischen Landtages 1871-1918. Münster 1996, S. 42-54.

64 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 117 (Reichstagsrede vom 29. März 1917).

65 Vgl. ebd., S. 61-73.

66 Alle Zitate: Ebd., S. 62, 70 f., 73.

67 Rudolf Smend: Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform. In: Festgabe der Berliner Juristischen Fakultät für Wilhelm Kahl zum Doktorjubiläum am 19. April 1923. Tübingen 1923, S. 22.

Die sich weiter verschärfende Kriegslage ließ den Ruf nach einer Stärkung des Reichstages lauter werden. Auf dem Vertretertag der Nationalliberalen in Thüringen im September 1916 bekräftigte Stresemann, dass das Volk nicht mehr »von einer tatsächlichen Mitwirkung an den Reichsgeschäften« abgehalten werden dürfe.<sup>68</sup> Als ersten Schritt zu einer stärkeren Verbindung von Legislative und Exekutive plädierte Stresemann für die Berufung von Parlamentariern in die Regierung und wurde damit fortan als »Exponent der Neuorientierung in den Mittelparteien« angesehen.<sup>69</sup>

In der Reichstagsrede vom 26. Oktober 1916 nahmen Stresemanns Reformwünsche schärfere Konturen an.<sup>70</sup> Schrittweise solle ein »engerer Konnex zwischen Volksvertretung und Regierung« hergestellt werden.<sup>71</sup> In diesem Sinne forderte er einen ständigen Parlamentsausschuss für auswärtige Angelegenheiten,<sup>72</sup> und trat für eine »große Politik liberaler Neuorientierung« ein. Bei dem Versuch, die eigene Partei für den Reformkurs zu gewinnen, offenbarte sich Stresemanns Liberalismusverständnis in eindringlicher Weise:

»Ich frage mich aber auch eins: Weshalb soll gerade der Liberalismus Bedenken haben, einen solchen Schritt zu tun? Die Nationalliberale Partei blickt gegenwärtig auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück. Das erste Programm der Partei brachte zum Ausdruck, daß die Endziele des Liberalismus bestehende [sic!], aber seine Forderungen und Wege nicht abgeschlossen seien vom Leben und sich nicht in Formen erschöpfen. Sein innerstes Wesen – so hat Rudolf Bennigsen das Parteiprogramm umschrieben – bestehe darin, die Zeichen der Zeit zu erkennen und ihre Ansprüche zu befriedigen.«<sup>73</sup>

Dies waren keine bloßen rhetorischen Floskeln und kein Allgemeingut innerhalb der Nationalliberalen Partei, sondern Ausdruck einer liberalen Gesinnung, die sich immer wieder in Stresemanns politischem Handeln niederschlug: im Sinne einer »evolutionär-gemäßigte[n] Reformstrategie« flexibel auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren.<sup>74</sup>

Wenige Monate später, in einer Rede zum fünfzigjährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei am 28. Februar 1917,<sup>75</sup> arbeitete Stresemann weiter daran, die Partei auf den eigenen Kurs einzuschwören. Der Krieg habe »in den Schützengräben eine politische Erziehungsarbeit geleistet, die Jahrzehnte

68 Manuskript der Rede vom 3.9.1916, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes NL Stresemann 156, zit. nach: Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 75.

69 Ebd., S. 75.

70 Vgl. Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 84-93.

71 Ebd., S. 84.

72 Siehe hierzu auch: Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 75 f. Die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum brachten ähnliche Anträge ein.

73 Alle Zitate: Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 86 f.

74 Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 5), S. 201. Das Zitat ist bei Leonhard auf die frühliberale Vorstellungswelt bezogen.

75 Stresemann: Schriften (wie Anm. 11), S. 156-160.

übersprang«. Dass sich die Mehrheit des Volkes als staatstragend erwies, war für Stresemann das entscheidende Moment. Als »Folgerung aus dieser Hingabe jedes einzelnen an den Staat« müssten nun alte Ressentiments ad acta gelegt und die »Bekämpfung von Klassenunterschieden« vorangetrieben werden. Bei dieser Gelegenheit verband Stresemann die Reformvorhaben sowie den damit in Verbindung stehenden gesamtgesellschaftlichen Haltungswandel mit einer originären liberalen Idee:

»Die Achtung vor ehrlicher Arbeit, die Achtung vor politischer Überzeugung, die Idee, für die wir kämpfen als grundlegende liberale Idee, von der wir so weit entfernt sind wie früher, daß weder die politische Überzeugung, noch das Religionsbekenntnis irgendein Hindernis der politischen Betätigung in Staat und Gesellschaft sein darf, dies muß gelten gegenüber dem Zentrum, wie gegenüber den Sozialisten, wie gegenüber den Atheisten und wem immer sonst.«<sup>76</sup>

Hinter Stresemanns Forderungen steckt das frühliberale Ideal einer »Staatsbürgergesellschaft«; es bricht sich hier »die dem *Liberalismus* [Hervorhebung im Original; Anm. d. Verf.] [...] implizit unterlegte gesamtgesellschaftliche Integrationskraft« Bahn. Die »staatsbürgerliche Erziehung« im Krieg hatte die unteren Gesellschaftsschichten in der Art geschult, dass sie die »soziokulturellen Qualifikationsmerkmale« erwarben, um endgültig in den politischen Prozess eingebunden zu werden.<sup>77</sup> »Aus den Untertanen werden durch den Krieg Bürger«,<sup>78</sup> wie Naumann es ausdrückte. Im besonderen Maße gilt dies für die Arbeiterschaft und somit auch für die SPD, »die [bewusst] zur Mitarbeit zu den Staatsaufgaben [...] heranzuziehen« sei. Als logische Folge erschien dann der »freiheitlichere Ausbau unseres Verfassungslebens«. Dabei habe insbesondere die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts Priorität; dies sei »eine deutsche Frage erster Ordnung«.<sup>79</sup> In der preußischen Wahlrechtsfrage hatte sich Stresemann zwar weit dem Linksliberalismus angenähert, indem er die Beteiligung aller Staatsbürger am staatlichen Geschehen unterstützte, aber das politische Übergewicht sollte bei »Besitz und Bildung« liegen,

76 Alle Zitate: Ebd., S. 156, 159.

77 Alle Zitate: Leonhard: *Liberalismus* (wie Anm. 5), S. 433. Leonhard bezieht sich hier auf den frühliberalen Bedeutungsgehalt von »Liberalismus«.

78 Friedrich Naumann: Auf dem Wege zum Volksstaat. In: Ders.: *Werke*, Bd. 5 (wie Anm. 59), S. 572.

79 Alle Zitate: Stresemann: *Schriften* (wie Anm. 11), S. 159. Hierzu auch Max Weber: »Das gleiche Wahlrecht ist ein Problem von politischer Tragweite für das Reichsinteresse [Hervorhebung im Original; Anm. d. Verf.]«. Max Weber: *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland*. In: Ders.: *Gesammelte politische Schriften*, hrsg. v. Johannes Winckelmann. Tübingen 1988, S. 287.

weshalb er, wie zuvor in Sachsen, die Einführung eines Pluralwahlrechts anstrebte.<sup>80</sup> Es war somit wieder die Fixierung auf die bürgerlichen Schichten, die Stresemann zu einer uneindeutigen Haltung zwang, die jedoch auch größere Aussichten auf Unterstützung innerhalb der eigenen Partei bot.

Einige dieser Aspekte aufnehmend, konkretisierte Stresemann seine Forderungen am 29. März 1917 im Reichstag.<sup>81</sup> Es blieb die Hauptforderung nach einer Reform des preußischen Wahlrechts, begleitet von einer Neukonstituierung des Herrenhauses. So wie die preußischen Reformer die Zeichen der Zeit erkannt hatten, müsse auch jetzt der Mut aufgebracht werden, alte Denkmuster aufzugeben, um den anstehenden politischen Herausforderungen begegnen zu können. Bezogen auf das Reich brachte Stresemann die liberale Forderung nach einer »Verantwortlichkeit der Reichsminister« zur Sprache und drängte darauf, »überhaupt das Verhältnis der Volksvertretung zur Regierung« zu überdenken.<sup>82</sup> Ergebnis der stärkeren Verbindung von Reichstag und Reichsregierung sei nicht die Schwächung von Krone oder Regierung, sondern eine Legitimitätssteigerung der Exekutive.

Das Kaisertum war für Stresemann ohnehin unantastbar. »Selbst unter vollem parlamentarischen System braucht der Kaiser kein Schattenkaiser zu sein«, <sup>83</sup> betonte Stresemann bereits im Februar 1917. Gegenüber Bassermann führte er aus, dass die Frage »Hie Kaisergewalt, hie Parlamentsgewalt« nicht die Fortentwicklung des Verfassungssystems behindern dürfe.<sup>84</sup> Stattdessen entwarf er in seinen Reden das Bild einer parlamentarischen Monarchie – »Ein

80 Vgl. Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 67, 97. An Bassermann schrieb Stresemann: »Ich bin überzeugter Anhänger des Pluralwahlrechts, etwa nach sächsischem Muster. Es ist ein freiheitliches Wahlrecht und gibt doch gleichzeitig dem angemessenen Besitz und der Bildung einen gewissen Schutz gegenüber einem allzu starken Einfluß der Sozialdemokraten.« Später, nach der Osterbotschaft und dem Rücktritt Bethmann Hollwegs, unterstützte Stresemann die Mehrheitsparteien in der Forderung nach einem gleichen Wahlrecht gegen Widerstände in der eigenen Partei. (Vgl. ebd., S. 107) Siehe hierzu Stresemann an Friedrich Thimme am 19. Januar 1918: »Ich war ein Gegner des gleichen Wahlrechts und halte es auch heute nicht für das ideale Wahlrecht [...]. Aber wir befinden uns nicht mehr im luftleeren Raum, in dem wir irgend welchen Theorien über die Schaffung eines unbedingt gerechten Wahlrechts nachgehen können. Zur Zeit ist das gleiche Wahlrecht für Preußen eine Staatsnotwendigkeit und notwendig zur Erhaltung und Stärkung der Monarchie«. Beide Schreiben zit. nach: Annelise Thimme: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik. Hannover – Frankfurt a. Main 1957, S. 26.

81 Vgl. Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 111–122.

82 Die Zitate: Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 116. Zu dieser alten liberalen Forderung siehe: Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 27.

83 Stresemann: Schriften (wie Anm. 11), S. 157 (Rede zum fünfzigjährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei vom 28. Februar 1917).

84 Ebd., S. 169 (Brief an Bassermann vom 9. April 1917).

Markstein in der Geschichte des deutschen Liberalismus«.<sup>85</sup> Diese Art der Staatsform würde sogar das Ansehen des Kaisertums steigern, wie Stresemann am 29. November 1917 vor dem Reichstag deutlich machte:<sup>86</sup>

»Wir sind überzeugt, daß die Monarchie in ihrer starken Stellung, in der wir sie unbedingt erhalten wissen wollen, nur gewinnen kann, wenn das Band zwischen Regierung und Volksvertretung möglichst eng geschlungen wird und die Parteien zur verantwortlichen vaterländischen Mitarbeit innerhalb der Regierung herangezogen werden.«<sup>87</sup>

Stresemann stand, wie bereits angedeutet, mit seinen Reformabsichten der liberalen Linken oft näher als der eigenen Partei.<sup>88</sup> Selbst sein Mentor Bassermann, von dem er seit Sommer 1916 de facto den Fraktionsvorsitz übernommen hatte, war Gegner einer Reform *während* des Krieges.<sup>89</sup> Als mit der Oktoberreform 1918 dem Wunsch der Reichstagsmehrheit nach einem parlamentarischen System entsprochen worden war,<sup>90</sup> folgte bereits im nächsten Monat der Waffenstillstand. Mit den daraus resultierenden Umwälzungen stellten sich bald ganz neue politische Fragen, die Stresemann auf seine Weise beantwortete.

#### IV. Die Republik

Die Revolution von 1918 bedeutete für Stresemann »einen nationalen, einen wirtschaftlichen, einen finanziellen und, was das schlimmste [sic!] ist, einen moralischen Niederbruch des deutschen Volkes ohnegleichen«.<sup>91</sup> Der Zusammenbruch der alten Ordnung leitete für ihn, trotz aller Kritik, die er am persönlichen Regiment des Kaisers und dem politischen System des vergangenen

85 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 230. Auch Richter nennt die Abkehr von der konstitutionellen Monarchie hin zum parlamentarischen System einen »Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Liberalismus«. Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 83.

86 Vgl. Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 109 f.

87 Ebd., S. 110.

88 Vgl. Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 79 f. Linksliberale wie Naumann und Max Weber argumentierten ganz ähnlich. So sprach sich ersterer für eine »Erhöhung der demokratischen Kräfte« (Friedrich Naumann: Auf dem Wege zum Volksstaat. In: Ders.: Werke, Bd. 5 [wie Anm. 59], S. 570) im Krieg unter Beibehaltung des Kaisertums aus. Weber votierte ebenso klar für »Wahlrecht und Parlamentsmacht« und »die Macht einer klug operierenden Krone«. Die Zitate: Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und des Parteiwesens. In: Ders.: Schriften (wie Anm. 3), S. 397, 403.

89 Vgl. Richter: Auseinanderstrebendes Zusammenhalten (wie Anm. 4), S. 73, 83-85.

90 Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode: Deutsche Geschichte 1890-1918. Das Kaiserreich in der Wilhelminischen Zeit. Stuttgart – Köln – Berlin 1996, S. 216.

91 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 164.

Reiches geübt hatte, einen Prozess des Verfalls der Staats- und Gesellschaftsordnung ein, wie er im April 1919 auf einem Parteitag erklärte.<sup>92</sup> Bezeichnend für Stresemanns liberale Auffassung sind die von ihm benannten Ursachen des Zusammenbruchs:

»Die Schuld liegt an dem gesamten Liberalismus, und sie liegt, [...] darin, daß wir in der Tat in der Zeit, in der Deutschland groß und mächtig wurde, ein materielles Bürgertum gehabt haben, saturiert, seine politischen und kulturellen Ideale vergessend [...]. Die große Anziehungskraft der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien lag nicht im Klassenkampfcharakter, lag nicht nur im Neid, sie lag auch daran, daß im Sozialismus eine Idee lebendig war, während die bürgerlichen Parteien vielfach Zweckmäßigkeitspolitik trieben, und man nicht mehr sah, daß die Oriflamme einer Idee ihnen voranleuchtete.«<sup>93</sup>

Dem Liberalismus hatte es seiner Ansicht nach also an einem klassenübergreifenden Verständnis für das politisch und sozial Notwendige gemangelt. Das Fehlen einer »sozialen Idee« im Bürgertum verhinderte jene Reformen, die der Revolution hätten vorbeugen können.

Die Weimarer Verfassung lehnte Stresemann als das Ergebnis der Revolution zuerst entschieden ab. »Der Geist der Nationalversammlung war nicht unser Geist«, erklärte er später. Stresemann warf den Revolutionären und den Schöpfern der Verfassung mangelndes »Nationalgefühl« vor. Sie hätten die »Segnungen des alten Deutschlands«<sup>94</sup> – diese »Imponderabilien der Volksseele«<sup>95</sup> – missachtet. Schon zuvor, im Dezember 1918, vertrat er den Standpunkt, »daß neben manchem, das nicht mehr des Bestehens wert war, auch manches Bewährte und Gute hinweggeschwemmt worden ist von der Flut der Revolution.«<sup>96</sup> Außer nostalgischen Erinnerungen an das vergangene Deutschland und wahltaktischen Überlegungen war es die liberale Idee, »den politischen Wandel unter Wahrung des historisch Gewordenen« zu vollziehen,<sup>97</sup> die Stresemann wie schon während der Reformdebatten im Krieg auch in seiner Einschätzung der Vorgänge von 1918/19 leitete. In seinen Augen könne »die Entwicklung zum Besseren nur den Weg der Evolution, niemals den Weg der Revolution« beschreiten.<sup>98</sup>

92 Vgl. ebd., S. 161–183 (Parteitagsrede vom 13. April 1919).

93 Ebd., S. 162. Die Oriflamme war das Kriegsbanner und Insigne der französischen Könige. Siehe hierzu: Philippe Contamine: Oriflamme. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. 6. München 1993, S. 1454 f.

94 Alle Zitate: Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 329 (Parteitagsrede vom 30. März 1924).

95 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 82 (Parteitagsrede vom 2. Oktober 1926).

96 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 137 (Rede in Osnabrück vom 19. Dezember 1918).

97 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 21.

98 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 163 (Parteitagsrede vom 13. April 1919).



Dementsprechend brachte Stresemann die am 15. Dezember 1918 gegründete Deutsche Volkspartei in klare Frontstellung zu den Parteien der Weimarer Koalition. Um seiner Partei gegenüber der DDP Kontur zu verleihen, attackierte er diese scharf; von den Demokraten »[scheiden] wir uns wie Feuer und Wasser«, stellte er im April 1919 klar. Bewusst an nationalliberales Gedankengut anknüpfend, wies er darauf hin, dass sich »deutschbewusstes Empfinden [und] [...] kosmopolitisches Denken« gegenüber stünden. Stresemann war bemüht, sein liberales Verständnis als »echten« Liberalismus auszugeben – eine etwas klägliche Abgrenzungspolemik, die an die binnenliberale Diskussion der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erinnert.<sup>99</sup> Dabei griff er alte liberale Ressentiments gegenüber der Demokratie auf und warf der DDP einen »demokratischen Mehrheitsfanatismus« vor, dem er das Ideal eines Liberalismus, »der die persönliche Entwicklung in den Mittelpunkt stellt«, entgegenhielt. Im Gegensatz zum linksliberal-demokratischen Verständnis der DDP und der rechtsgerichteten DNVP wollte er die DVP in nationalliberaler Tradition als Mittelpartei positionieren: »Wir bleiben selbstständig nach rechts und nach links«.<sup>100</sup>

Stresemann schrieb der DVP in vielerlei Hinsicht eine Mittlerrolle zu; die Partei sollte eine Brücke sein, die den »Übergang vom alten zum neuen Deutschland [versinnbildlicht]«.<sup>101</sup> Nach wie vor galt besonders die Monarchie für ihn als eine bewahrens-werte Institution. Ähnlich den Gedanken Lorenz von Steins dachte Stresemann dem Kaisertum als sozialem pouvoir neutre eine gesellschaftliche Ausgleichsfunktion zu.<sup>102</sup> »Gerade in Zeiten großer sozialer Gegensätze, großer Umballung wirtschaftlicher Macht erscheint mir die monarchische Regierung für die Fortentwicklung eines gesunden sozialen Gedankens eine bessere Gewähr als die Republik.« Auch stehe die Einheit des Staates auf dem Spiel, »wenn das Symbol der Kaiserkrone nicht mehr diesem Deutschland voranschwebt«. Mit seinem Bekenntnis zur Monarchie vertrat Stresemann eine für die Mehrheit des deutschen Liberalismus typische Auffassung.<sup>103</sup> Eine Wiederherstellung der Monarchie strebten er und die DVP aufgrund der un-absehbaren Folgen für die Lage Deutschlands jedoch nicht an.<sup>104</sup>

In den Jahren nach 1918 arrangierte sich Stresemann zunehmend mit der Republik und entwickelte sich schließlich zu ihrem Verteidiger. Auf die

99 Siehe hierzu: Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 5), S. 307-309, 366-374.

100 Alle Zitate: Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 178 (Parteitagrede vom 13. April 1919).

101 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 400 (im »Deutschen Zeitungs-Dienst« am 12. Januar 1926). Den Hintergrund bildete der Konflikt mit Hugenberg.

102 Vgl. Lorenz von Stein: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Bd. 3. Darmstadt 1972 [zuerst 1850], S. 2-41.

103 Siehe hierzu: Vierhaus: Liberalismus (wie Anm. 7), S. 782.

104 Vgl. Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 160-167 (Parteitagrede vom 13. April 1919), hier auch die Zitate: S. 164 f.

Ermordung Rathenaus reagierte er mit einem eindeutigen Bekenntnis zum staatspolitischen Status quo und legte auch die DVP offiziell auf diesen fest.<sup>105</sup> Während der Beratungen zum Republikschutzgesetz vertrat Stresemann in Kontinuität zu seiner Auffassung während des Kaiserreichs die Staatsbejahung als ein Parteigrenzen überschreitendes Qualifikationsmerkmal echter nationaler Gesinnung:

»Ich glaube, daß wir überhaupt wieder in eine Parteizerfleischung hineinkommen, wenn wir den Gegensatz so formulieren: hier theoretische Republikaner, dort theoretische Monarchisten! Nein, meine Damen und Herren, es gibt einen anderen Gegensatz: Staatsbejahung oder Staatszerstörung?«<sup>106</sup>

Im diesem Sinne wandte sich Stresemann auch gegen gesellschaftliche Spaltungstendenzen. Während eines Parteitags am 29. September 1926 plädierte er für »die Bereitschaft [...] zu jeder Verständigung mit jedem, der gewillt ist, den Klassenkampfgedanken aufzugeben, rechts oder links, und sich die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit«.<sup>107</sup> Die schon in seiner Jugend von Nauemann beeinflusste und durch frühliberales Gedankengut angereicherte Auffassung eines gesamtgesellschaftlich integrativen Liberalismus, der alle staatstragenden bzw. staatsbejahenden Elemente zu umfassen versucht, verband Stresemann, angeregt durch die Erfahrungen des Krieges und angesichts der fragilen politischen sowie sozialen Verhältnisse in der Republik, mit der verbreiteten Idee der Volksgemeinschaft. »Dieser Gedanke [der Volksgemeinschaft; Anm. d. Verf.] zieht sich wie ein roter Faden durch alle meine Reden, ist vielleicht Inbegriff meiner politischen Lebensanschauung«,<sup>108</sup> befand Stresemann. Es ist letztendlich eine modifizierte Form der frühliberalen Vorstellung einer »klassenlosen Bürgergesellschaft«,<sup>109</sup> die den Bedeutungsgehalt des Begriffes »Volksgemeinschaft« für ihn ausmachte. Stresemann verstand den liberalen, staats-, wirtschafts- und kulturtragenden Mittelstand als »Kristallisationskern«,<sup>110</sup> um den herum sich alle zum Staat bekennenden gesellschaftlichen Kräfte sammeln konnten.<sup>111</sup> Ziel war die Erziehung des Volkes zu einem

105 Vgl. Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 255-261.

106 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 242 (Reichstagsrede vom 5. Juli 1922).

107 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 81.

108 Ebd., Bd. 1, S. 83.

109 Siehe hierzu erneut: Gall: Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft« (wie Anm. 27), S. 174-178, hier auch das Zitat: S. 174.

110 Lothar Gall: Liberalismus und Nationalstaat. Der deutsche Liberalismus und die Reichsgründung. In: Ders.: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze. München 1996, S. 190-202, hier das Zitat: S. 201.

111 Siehe hierzu auch die Entschließung der DVP vom 12. Januar 1924, an deren Formulierung Stresemann beteiligt war: »Ziel deutscher Innenpolitik muß die Volksgemeinschaft sein. Sie setzt den Ausgleich der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze und die Zusam-

am Gemeinwohl orientierten Staatsbürgersinn.<sup>112</sup> Erst wenn diese Gesinnung fest im Volk verankert sei, habe die Volksgemeinschaft eine Chance auf Realisierung.

In politischer Hinsicht schloss diese Konzeption einer Volksgemeinschaft eine Kooperation mit der gemäßigten Linken und die Bildung einer Großen Koalition ein. Zwar betonte Stresemann mehrfach, dass die Große Koalition nicht identisch mit der Volksgemeinschaft sei,<sup>113</sup> erkannte aber auch, dass »in diesem Sinne einer Volksgemeinschaft [...] man nicht mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie als einem großen und bedeutenden Teil des deutschen Volkes regieren und Erfolge erzielen kann.«<sup>114</sup> Deswegen und weil Stresemann die illiberale DNVP lange als Koalitionspartner ablehnte,<sup>115</sup> setzte er sich seit Anfang der 1920er Jahre für das Zustandekommen einer Koalition mit der SPD ein; damit stieß er jedoch in der eigenen Partei immer wieder auf große Widerstände seitens eines maßgeblich von der Schwerindustrie bestimmten rechten Lagers,<sup>116</sup> das nachdrücklich für eine Vereinigung mit der DNVP eintrat. Auf diese Fusionspläne reagierte Stresemann im August 1926 in einem Brief an Dingeldey:

»Wenn sie gewillt ist [die DVP; Anm. d. Verf.], das Erbe von Bennigsen und Basermann an die Westarp und Hugenberg auszuliefern, so werde ich den Kampf im deutschen Volke um die Bewahrung dieses Erbes aufnehmen und bin überzeugt

menfassung aller Kräfte zur Erreichung äußerer Freiheit sowie innerer Ordnung und Gerechtigkeit voraus. [...] Die Deutsche Volkspartei ist berufen, Mittelpunkt der Sammlung aller staatsbejahenden bürgerlichen Kräfte zu sein, betrachtet aber auch die hierdurch angestrebte Entwicklung nur als Etappe auf dem Wege zur Volksgemeinschaft, wie auch die Große Koalition ein Weg zu diesem Ziele gewesen ist.« Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 285 f.

- 112 So weist Richter darauf hin, dass hinter Stresemanns Konzeption einer nationalen Realpolitik ein »quasi (...) volkspädagogischer Anspruch« stand, mit dem Ziel, »Niveau und Stil des politischen Kampfes durch staatsbürgerliche Bildung zu heben«. Die Zitate: Richter: Das ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses (wie Anm. 4), S. 156. Siehe auch Stresemann an Kahl am 13. März 1929: »Mein Wunsch geht dahin, daß die Partei im Reich und in Preußen vertreten sei und das deutsche Volk dazu erziehe, derjenigen bürgerlichen Partei sich zuzuwenden, die den Mut zur Verantwortung hat.« Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 437 f.
- 113 Vgl. u.a. Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 291 (Reichstagsrede vom 8. Oktober 1923).
- 114 Ebd., S. 291.
- 115 Gegenüber Jarres verband Stresemann am 30. Juli 1926 den Widerstand gegen eine weitreichende Kooperation mit der DNVP mit den »geistige[n] Aufgaben (...) [des] Liberalismus«. Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 413.
- 116 Vgl. Richter: Das ausgleichende staatspolitische Moment des zu bildenden Kompromisses (wie Anm. 4), S. 147, 151 ff. Zudem: Wright: Gustav Stresemann (wie Anm. 4), S. 173 ff.

davon, daß die übergroße Mehrheit der volksparteilichen Wähler und darüber hinaus Hunderttausende sich einer Bewegung anschließen werden, die den Liberalismus wiederaufbaut, wenn diejenigen, die Träger des Liberalismus sein sollten, bereit wären, ihn zugunsten von nationalsozialistischen Phrasen aufzugeben.«<sup>117</sup>

Der hier zum Ausdruck kommende innerparteiliche Dissens über die ideologische Ausrichtung der DVP wurde zunehmend zu einem Hauptproblem Stresemanns; seine Auffassung von der politischen Rolle der Partei, der er vorwarf »mehr und mehr zu einer reinen Industriepartei« zu werden,<sup>118</sup> war kaum konsensfähig. Stand Stresemann schon früher innerhalb der Nationalliberalen Partei mit seiner Auffassung von einer liberalen Politik relativ isoliert da, war seine Stellung nach dem Abwandern einer Vielzahl nationalliberaler Politiker zur DDP ungemein schwieriger geworden; er war »Führer einer Partei [...], in die er von seiner politischen Entwicklung her im Grunde nicht gehörte.«<sup>119</sup>

Gegenüber seinen Parteigenossen wie auch vor dem gegnerischen Lager hob Stresemann wiederholt die Bedeutung der Verantwortung bzw. des »Tatsachenmut[s] des Liberalismus« als letztendlich entscheidendes Kriterium politischen Handelns hervor.<sup>120</sup> In Anknüpfung an den Nationalliberalismus blieb Stresemann an einer »nationalen Realpolitik« orientiert,<sup>121</sup> die im Zweifelsfalle auch die Durchsetzung unpopulärer Entscheidungen verlangte; die allgemeine »Parteidendagogie« sei das Gegenteil hiervon.<sup>122</sup> Fehlendes Verantwortungsbewusstsein machte Stresemann zugleich für die gesamte »Parlamentskrise« der Weimarer Republik verantwortlich.<sup>123</sup>

»Denn was bedeutet das parlamentarische System? Wenn es ein Gutes hat, so ist es doch das, daß nicht der eine Teil frei von der Verantwortung ist und der andere allein die Verantwortung trägt, sondern das Gute ist das, daß die Parteien selbst die Verantwortlichkeit übernehmen.«

117 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 410 f.

118 Ebd., Bd. 3, S. 437 (an Kahl am 13. März 1929).

119 Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (wie Anm. 105), S. 45.

120 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 302. Stresemann bezog sich hier auf eine Formulierung in einer Rede Kahls. In seinem Tagebuch schrieb er später hierzu: »Wir wollen diese Rede hinausgeben ins ganze deutsche Land [...] und damit zum Ausdruck bringen: Das sind wir, das ist unser Geist, und wer diesen Geist in sich hat, der gehört in die liberale Deutsche Volkspartei.« Ebd., S. 302. Siehe hierzu auch: Kolb: Gustav Stresemann – Liberalismus und Nationalismus in seiner außenpolitischen Konzeption (wie Anm. 4), S. 37 f.

121 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 547 (Rede auf der Kulturtagung der DVP im Oktober 1924). Es ist die wirkmächtige Vorstellung von einem realpolitischen und regierungsfähigen Liberalismus, wie sie sich schon bei Baumgarten findet. Siehe hierzu: Hermann Baumgarten: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik I und II. In: Heinrich von Treitschke (Hrsg.): Preußische Jahrbücher, Bd. 18. Berlin 1866, S. 455-515, 575-628.

122 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 218 (Reichstagsrede vom 28. April 1921).

123 Ebd., S. 243 (Reichstagsrede vom 23. November 1923).

Stattdessen würden Parteien wie die DNVP in einer »unverantwortlichen Opposition« verharren.<sup>124</sup> Anstelle eines »vaterländischen Geistes« herrsche der »Parteigeist« vor.<sup>125</sup> »Weil das Staatsinteresse niemals mit einem Parteiinteresse identisch ist«, <sup>126</sup> müssten sich die politischen Akteure von ihren Parteiprogrammen verabschieden und im Sinne des Wohles der Nation Eigenverantwortung übernehmen und sich zu Kompromissen bereit erklären.<sup>127</sup> Mut zum Unpopulären gegenüber Volk und Partei zu beweisen, dass sich also »die Persönlichkeit [...] durchsetze gegen den Massenwillen«, war für Stresemann das »eigentliche Grundprinzip des Liberalismus«. <sup>128</sup> Obwohl es Stresemann vor allem daran gelegen war, seinen politischen Kurs argumentativ abzustützen, belegt er mit seiner Kritik an Parteiherrschaft, Fraktionszwängen und dem Plädieren für individuelle Verantwortung gleichsam das Festhalten am frühen »Gesinnungsbegriff *Liberalismus* [Hervorhebung im Original; Anm. d. Verf.]», das dem Individuum in der Freiheit von Partei- und Fraktionszwängen die Unabhängigkeit der eigenen Meinung beließ«. <sup>129</sup>

Den Vorwurf, der eigenen Überzeugung nicht mehr genügend Freiraum einzuräumen, vertrat Stresemann auch gegenüber der eigenen Partei. Während der Kämpfe mit der Fraktion um die Zugehörigkeit Stresemanns zum zweiten Kabinett Müller instrumentalisierte er vermehrt das ideologische Potential des Liberalismus, um sich gegen die »Fraktionstyannei« zu wehren<sup>130</sup> und seine Aktionsfreiheit zu bewahren. Denn die Fraktion verfüge nicht über die Befugnis, Minister zurückzuziehen, da dies bedeuten würde, »daß in Wirklichkeit die Persönlichkeit nicht mehr besteht, sondern nur noch als Beauftragter irgendeiner Organisation erscheint. Diese Auffassung ist das Ende des Liberalismus überhaupt.«<sup>131</sup>

Stresemann lehnte ein Demokratieverständnis ab, das die Parteien als anonyme Organisationen begreift, den Minister zum Parteimann erklärt und nach dem Regierungen entlang »parlamentarische[r] Arithmetik« gebildet

124 Alle Zitate: Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 378 f. (Rede in Berlin vom 10. Dezember 1925).

125 Die Zitate: Ebd., S. 337 (Rede vor dem »Verein Deutscher Studenten« vom 6. Juli 1926).

126 Stresemann: Reden und Schriften (wie Anm. 12), S. 218 (Reichtagsrede vom 28. April 1921).

127 Zum Primat des Kompromisses sagte Stresemann am 22. Februar 1924 vor dem Reichsverein der DVP: »Die Staatskunst in einem zersplitterten Volke kann überhaupt nichts anderes sein als Kompromißpolitik, als die Zusammenfassung aller Kräfte, die jeweils in der Lage sind, die Dinge vorwärts zu treiben«. Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 1, S. 320.

128 Die Zitate: Ebd., S. 210 (Rede in Halle vom 11. November 1923).

129 Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 5), S. 375. Zur frühliberalen Ablehnung von Parteien und Fraktionen als Vertretungen von Partikularinteressen siehe auch: Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 16), S. 34.

130 Stresemann: Vermächtnis (wie Anm. 2), Bd. 3, S. 307 (an Kempkes am 2. Juli 1928).

131 Ebd., S. 428 (Rede vor dem Zentralvorstand vom 26. Februar 1929).

werden.<sup>132</sup> Diese Art der »formalen Demokratie«, die er sowohl auf innerparteilicher wie auch auf parlamentarischer Ebene im Vormarsch begriffen sah, war in seinen Augen fern von liberalen Prinzipien. Schon 1924 äußerte er, dass die DVP ihre Größe »dem energischen Kampf, den sie gegen die formale Demokratie geführt hat«, verdanke und fuhr fort: »Es wäre lächerlich, wenn sie sich jetzt selber zur Sklavin einer Idee machte, die abseits jedes Gefühls des Liberalismus liegt.«<sup>133</sup>

## V. Politik als das Streben nach Idealen?

Stresemann nannte Politik einmal »das Streben nach Idealen«.<sup>134</sup> Darin drückt sich der Wunsch, und weniger die Überzeugung, eines Mannes aus, der nach Jahrzehnten politischer Arbeit um die Dichotomie von Ideal und Realität, von Kalkül und Überzeugung, in der Politik wusste. Aus diesem Dilemma fand auch er nicht heraus, dem die Verantwortung oft höher stand als die reine Gesinnung. Trotzdem blieben für sein politisches Leben ideologische Prämissen, die der liberalen Ideenwelt entstammten, entscheidend; der Liberalismus, so wie er ihn verstand, kann wohl als seine »letzte Weltanschauung« gelten.<sup>135</sup> Zunehmend hatten diese Ideen jedoch kaum noch Chance auf Realisierung in der politischen Welt. Die allgemeine Krise, in der sich der Liberalismus spätestens gegen Ende der Weimarer Republik befand, versinnbildlicht sich in gewisser Art in Stresemanns letztendlich gescheitertem Versuch, der DVP ein tragfähiges ideologisches Fundament zu geben. Seine Vorstellungen, die zum Gutteil dem 19. Jahrhundert entstammten, scheiterten sowohl an der Zusammensetzung seiner Partei, und damit an der Geisteshaltung seiner vermeintlichen Mitstreiter, als auch, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, an der weiten Ablehnung des politischen Systems der Weimarer Republik.

132 Ebd., Bd. 1, S. 244 (Reichstagsrede vom 23. November 1923). Als Reichskanzler betrachtete Stresemann den Sturz seiner Regierung »in einer offenen Feldschlacht« als Sieg für das parlamentarische System. Während bisher über das Schicksal der Regierungen in Verhandlungen mit den Fraktionen und Parteiführern entschieden worden sei, musste »das Parlament [...] endlich sehen, daß es selbst die Verantwortung tragen müsse, eine Regierung in schwieriger Situation aus nichtigen Gründen gestürzt zu haben«. Alle Zitate: Ebd., S. 245 f. (vor ausländischen Pressevertretern am 23. November 1923).

133 Alle Zitate: Ebd., S. 430 (in der »Zeit« am 13. Juni 1924).

134 Ebd., S. 544 (Rede auf der Kulturtagung der DVP im Oktober 1924).

135 Weber: Politik als Beruf (wie Anm. 2), S. 540.

## Zusammenfassung:

Die Untersuchung setzt sich mit Gustav Stresemanns Verständnis des Liberalismus auseinander. Der Zusammenhang zwischen ideologischer Anschauung und politischem Handeln des als prägende Figur des Weimarer Politikbetriebs bekannten Politikers steht dabei im Fokus. Nach einer theoretischen Fundierung werden hierzu die geistigen Einflussgrößen auf die Ideenwelt des Jugendlichen betrachtet, die in ersten gesellschaftspolitischen Forderungen ihren Ausdruck fanden. Stresemanns Bemühungen um eine Parlamentarisierung der Reichsverfassung sowie einer Wahlrechtsreform in Preußen während des Ersten Weltkrieges und die damit zusammenhängenden geistigen Prämissen werden anschließend geschildert. Der ideologische Dissens mit dem Großteil der eigenen Partei als auch Stresemanns Ansichten zur Funktionsweise des politischen Systems und von einer klassenübergreifenden Volksgemeinschaft erweisen sich schließlich als wesentliche Entäufferungen seiner liberalen Vorstellungswelt während der Weimarer Republik. Abschließend erfolgen einige kurze Bemerkungen zum liberalen Politiker Stresemann.